

# Im Überblick ...

## Zusammengestellt von Jürgen Clemens

### Wahlen erneut verschoben

Die Regierung in Kabul hat nach Beratungen mit Vertretern der Vereinten Nationen die für September geplanten Parlamentswahlen „aus logistischen Gründen“ erneut verschoben. Lediglich die Wahl des Präsidenten könne wie vorgesehen bis Mitte Oktober stattfinden, gab ein Regierungssprecher am 7. Juli unter Berufung auf die Wahlkommission bekannt. Die Wahlbehörde habe das Kabinett von Präsident Karzai informiert, so der Sprecher, daß die Parlamentswahl nicht wie in der Verfassung vorgesehen gleichzeitig mit der des Staatsoberhauptes stattfinden könne, sondern erst zwei bis sechs Monate danach. Die ursprünglich für Juni diesen Jahres geplanten Wahlen werden damit bereits zum zweiten Mal verschoben. Zur Begründung hieß es, daß einige neue Parteien ihre Wahllisten nicht rechtzeitig aufstellen konnten. Doch auch die weiterhin angespannte Sicherheitsituation im Lande, finanzielle Probleme und der schleppende Verlauf der Wähler-

registrierung spielten bei dieser Entscheidung eine Rolle (weiteres hierzu auch in den nachfolgenden Meldungen).

Vor allem die Truppenstellerländer in Afghanistan, darunter auch Deutschland, die im Vorfeld nicht zuletzt aus Kostengründen wiederholt auf die Einhaltung des Wahltermins im kommenden Herbst gedrängt hatten, reagierten auf die Verschiebung mit nur mühsam verborgener Enttäuschung. Beobachter vor Ort warnen jedoch davor, wegen der Wahlverschiebung gleich den gesamten Demokratisierungsprozeß in Afghanistan für gescheitert zu erklären. „Der Prozeß ist wichtig, nicht das Datum“, mahnt beispielsweise Grant Kippen vom amerikanischen *National Democratic Institute*, der in Kabul afghanische Politiker bei der Gründung von Parteien berät. Und Vikram Parekh, Vertreter der *International Crisis Group* in Kabul sekundiert: „Es kommt jetzt darauf an, wozu man die Verzögerung nutzt.“

### Entwaffnungspläne

Seit Oktober 2003 wird mit UN-Unterstützung die so genannte *Disarmament Demobilisation and Reintegration-Initiative* (DDR) als Pilotprogramm in fünf Regionen Afghanistans durchgeführt (vgl. SÜDASIEN 3/2003). Bis Ende Juni 2004 sollten ursprünglich rund 40.000 Kämpfer entwaffnet werden. Zudem sollen vor den Wahlen alle schweren Waffen in der Hand der Kabuler Übergangsregierung sein. Allerdings haben die bisherigen Erfahrungen gezeigt, daß Milizenführer in

verschiedenen Landesteilen, wie etwa Ismael Kahn in Herat oder Mohammad Atta in Mazar-i-Sharif, diese Programme unterlaufen. So wurden beispielsweise lediglich schrottreife Raketen an die Regierung übergeben, wie es in Presseberichten hieß. Beobachter bescheinigten dem Abrüstungsprogramm deshalb allenfalls die Wirkung eines Entsorgungsprogramms. In Afghanistan selbst kursieren zudem Vorwürfe, daß einzelne Milizen von diesen Entwaffnungs-

### Kämpfe in Faryab

Nachdem 2.000 bis 3.000 Kämpfer unter dem Befehl Rashid Dostums drei Distrikte in der Provinz Faryab überrannt hatten, schickte die Regierung 750 Soldaten in diese Region, um die Offensive gegen die regierungsloyalen Kräfte abzuwehren. Zuvor galt Faryab als Dostum-Territorium, bis der von der Übergangsregierung eingesetzte Gouverneur Dostum seine Unterstützung entzog und sich loyal zur Kabuler Regierung erklärte. Dostum war seit Ende 2001 an mehreren Territorialauseinandersetzungen gegen die Übergangsregierung im Norden beteiligt, der er selbst als deren Berater und stellvertretender Verteidigungsminister angehört.

maßnahmen ausgenommen worden seien. Hauptproblem der Demobilisierungsbemühungen bleibt aber weiterhin der Umstand, daß ausreichend zuverlässige Angaben über die Zahl der Waffen und Kämpfer im Land bislang fehlen.

# ... Im Überblick ...

## Berliner Gipfel: Neue Finanzspritze in Milliardenhöhe

Die Berliner Afghanistan-Konferenz vom 31. März und 1. April, an der mehr als 50 Geberstaaten teilnahmen, endete mit der Zusage neuer Hilfsgelder in Höhe von 8,2 Milliarden US-Dollar verteilt auf die nächsten drei Jahre. Auch wenn sich Präsident Karzai gegenüber der Presse „sehr zufrieden“ über das Ergebnis äußerte, wies er zugleich auf die weiterhin bestehende Finanzierungslücke gegenüber den Kostenschätzungen für den Wiederaufbau des bürgerkriegszerrütteten Landes in Höhe von über 27 Milliarden US-Dollar in den nächsten sieben Jahren hin.

Für das kommende Haushaltsjahr wurden 4,5 Milliarden US-Dollar zugesagt, so daß die verbleibenden 3,7 Milliarden US-Dollar über die beiden darauffolgenden Jahre gestreckt werden müssen. Größter Geber Afghanistans sind die USA, die in Berlin angekündigten, ihre Finanzausgaben auf 2,2 Milliarden US-Dollar verdoppeln zu wollen.

Während des Berliner Gipfels wurden neben der finanziellen Unterstützung vor allem die Themen Sicherheit und Drogen behandelt. In Sachen Drogenbekämpfung hat Großbritannien die Federführung übernommen. Auf diesem Gebiet setzten sich die Konferenzteilnehmer das Ziel, den Mohnanbau und die Opiumproduktion in Afghanistan bis 2013 zu eliminieren. In einem ersten Schritt unterzeichneten Afghanistan und seine sechs Nachbarstaaten in Berlin ein Antidrogenabkommen zur Einschränkung des illegalen Drogenhandels.

Bei der jüngsten Offensive Ende Mai gegen regierungsfeindliche Kampfverbände in der Daychopan-Region zwischen Kabul und Kandahar, an der unter US-Kommando rund 20.000 Soldaten der Koalitionsstreitkräfte im Einsatz waren, wurden laut US-Quellen mindestens 80 afghanische Kämpfer getötet. Die Toten werden den Taliban, der *al-Qaida* sowie den *Hezb-e Islami*-Milizen zugerechnet. Ein US-Armeesprecher bezeichnete laut Pressemeldungen die Aktion der *US-Marines* als „aggressiv, unnachgiebig und letztlich erfolgreich“.

Von pakistanischer Seite werden diese Aktionen mit Artillerie- und Luftangriffen gegen mutmaßliche *al-Qaida*-Stellungen in Südwestafghanistan unterstützt. Hinter der afghanisch-pakistanischen Grenze

Mitte Mai reiste Interimspräsident Hamid Karzai zum zweiten Mal seit seinem Amtsantritt vor rund zweieinhalb Jahren in die westafghanische Metropole Herat, wo er mit Gouverneur Ismail Khan zu mehrstündigen politischen Gesprächen zusammentraf. Das Thema Entwaffnung sei dabei nicht ausdrücklich zur Sprache gekommen, so Karzai nach dem Treffen, da beide Seiten schon zuvor ein entsprechendes Abkommen vereinbart hätten. Sehr wohl habe er aber Ismail Khan noch einmal deutlich gemacht, daß dieser seine Privatarmee nicht weiter unter Waffen halten dürfe. Ismail Khan habe entgegnet, daß nur mit seiner Miliz die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrecht erhalten werden könne und

## US-Truppen töten 80 Aufständische

sollen nach Medienberichten Auffangstellungen der US-Armee sowie afghanischer Regierungstruppen die fliehenden Kämpfer festsetzen. Um die Kämpfe logistisch zu unterstützen, errichten die US-Truppen derzeit im Südosten des Landes einen neuen Luftwaffenstützpunkt für schwere Transportflüge. Dies berichtet die BBC.

Taliban-Meldungen über US-Verluste bei den Kämpfen wurden vom Pentagon dementiert. Lediglich die Verwundung eigener Soldaten wurde offiziell bestätigt. Gesichert ist zudem der Tod von vier US-Soldaten, die im Mai nach einer Explosion unter ihrem Geländewagen in Südostafghanistan ums Leben kamen.

## Karzai trifft Ismail Khan

er zudem vermeiden müsse, daß sich arbeitslose Kämpfer nach dem Entwaffnungsprogramm erneut unkontrolliert bewaffnen.

Laut Pressemeldungen sollen die rund 1.500 Regierungssoldaten, die im März nach lokalen Kämpfen zwischen Khan-Milizen und regierungstreuen Einheiten nach Herat entsandt wurden, gegen den Protest Khans weiterhin dort stationiert bleiben. Bei den Gefechten im März war unter anderem Mirwais Khan, ein Sohn Ismail Khans und Luftverkehrsminister in der Übergangsregierung, getötet worden. Karzai sprach Ismail Khan sein Beileid aus und lobte Mirwais Khan als wichtigen Politiker seines Kabinetts.

# ... Im Überblick ...

Zusammengestellt von Jürgen Clemens

## Mordanschläge auf ausländische Zivilisten

Rund 20 Bewaffnete haben Anfang Juni südlich von Kunduz im einem deutschen IFOR-Verband unterstellten Nordosten des Landes das Zeltlager eines chinesischen Bautrupps angegriffen und dabei mindestens elf chinesische Arbeiter getötet. Die Angreifer töteten dabei zunächst die vor den Zelten postierten afghanischen Wachen, bevor sie die Bauarbeiter mit Kopf- und Bauchschüssen ermordeten. Die Polizei konnte nach eigenen Angaben nach der Tat einen Verdächtigen verhaften. Den von der Übergangsregierung geäußerten Verdacht, daß die Taliban für die Tat verantwortlich sein könnten, wies Talibansprecher Abdul Latif Hakimi zurück. Da keine chinesischen Truppen in Afghanistan stationiert seien, kämpften die Taliban auch nicht gegen Chinesen, hieß es dazu in einer Pressemeldung. Vielmehr seien alle Organisationen mit Ausnahme der *UN Assistance Mission in Afghanistan* (UNAMA) sowie *Médecins Sans Frontiers* (MSF) sicher und könnten ihre Arbeit in Afghanistan fortsetzen. Die beiden genannten Organisationen gelten in den Augen der Taliban als „Helfershelfer und Befehlsempfänger der US-Regierung“, so die gebräuchliche Terminologie.

Dieser Angriff, für den bis zum Redaktionsschluß weder Bekennerschreiben noch Motive bekannt wurden, war der zweite tödliche Anschlag auf ausländische Entwicklungshelfer in Afghanistan innerhalb einer Woche.

Der erste Mordanschlag, der sich Anfang Juni in der nordwestafghanischen Provinz Badghis ereignete, richtete sich gegen Mitarbeiter des humanitären Hilfswerkes *Médecins Sans Frontier* (MSF). Dabei hatten bewaffnete Taliban-Kämpfer von Motorrädern aus auf eine Gruppe von MSF-Mitarbeitern das Feuer eröffnet. Im Kugelhagel starben drei Europäer und zwei Afghanen. Daraufhin wurden alle MSF-Aktivitäten in Afghanistan vorläufig gestoppt. Derzeit sind in den MSF-Projekten landesweit insgesamt 80 ausländische und rund 1.400 afghanische Mitarbeiter beschäftigt.

Bereits Anfang Mai sorgte zudem der Leichenfund zweier ermordeter Ausländer in afghanischer Kleidung nahe dem Stadtzentrum Kabuls in der internationalen Gemeinschaft für Aufregung. Weder die Hintergründe der Tat noch die genaue Todesursache konnten bislang aufgeklärt werden.

## Todesstrafe vollstreckt

Ende April wurde in einem Gefängnis bei Kabul die Todesstrafe gegen den früheren Offizier Abdullah Shah vollstreckt. Er war zuvor von einem afghanischen Gericht wegen Mordes an 20 Menschen schuldig gesprochen worden. Auch Präsident Karzai hatte das Todesurteil gegen Shah schließlich unterzeichnet, nachdem er zuvor den Gerichtshof vergebens um

eine Umwandlung der Höchststrafe in lebenslange Haft gebeten hatte. Ein Regierungssprecher dementierte in einer ersten Reaktion Spekulationen, daß Hinrichtungen künftig zur Normalität des afghanischen Justizwesens werden könnten, auch wenn derzeit rund weitere 20 Todeskandidaten in afghanischen Gefängnissen sitzen.

## Die Armen leiden unter dem Kampf gegen den Terrorismus

Die britische Nichtregierungsorganisation *Christian Aid* stellt in einem Bericht Afghanistan als Fallbeispiel für die negativen Auswirkungen des Kampfes gegen den Terrorismus auf die weltweite Umverteilung von Finanzmitteln zu Lasten der Armutsbekämpfung heraus. In dem der britischen Regierung vorgelegten Bericht wird vor allem das Motto „Entweder mit uns oder gegen uns“ kritisiert. Laut Report werden von den Hilfsgebern für Afghanistan in Höhe von rund 2,2 Milliarden US-Dollar für das laufende Jahr zum großen Teil militärische Projekte sowie Nothilfeprojekte anstelle von langfristigen Maßnahmen finanziert. Die US-amerikanischen Sicherheitsinteressen mit dem Ziel, *al-Qaida* zu jagen, hätten dabei oberste Priorität. Als Folge würden nun auch Entwicklungshelfer als vermeintliche US-Agenten zu Zielscheiben und rund zwei Drittel Afghanistans seien bereits für Mitarbeiter der Vereinten Nationen aus Sicherheitsgründen „Sperrgebiet“.

Um die Herzen der Menschen gewinnen zu können, müsse der Fokus vielmehr auf Entwicklungsmaßnahmen liegen, so ein britischer Unterhausabgeordneter nach seiner Afghanistanreise bei der Pressepräsentation der *Christian Aid*-Studie.

*Amnesty International* wirft der Regierung im aktuellen Fall vor, daß mit dem Tod Abdullah Shahs gezielt ein Augenzeuge früherer Menschenrechtsverletzungen beseitigt werden sollte. Die Menschenrechtsorganisation kritisiert zudem, daß Shah in seinem Gerichtsverfahren die Mindeststandards eines fairen Prozesses vorenthalten worden seien.

## ... Im Überblick

### Wahlvorbereitungen mit Finanzproblemen

Den Sicherheitsproblemen zum Trotz läuft die Wählerregistrierung laut Pressemeldungen erfolgreich weiter. Allerdings wurde aus UN-Quellen bekannt, daß die bisherigen Finanzierungszusagen für die ursprünglich für den Juni 2004 geplanten Präsidentschaftswahlen bislang nicht eingehalten wurden. So warnte der leitende UN-Pressesprecher in Afghanistan, Manoel de Almeida e Silva, bereits im Frühsommer vor einer - inzwischen erfolgten - Verschiebung des Wahltermins, falls die für die Vorbereitung des Urnengangs zugesagten Mittel in Höhe von 70 Millionen US-Dollar nicht baldmöglichst bereitgestellt würden. Die Gesamtkosten für Wahlunterlagen, Informationskampagnen und Wahlpersonal werden demgegenüber sogar auf über 100 Millionen US-Dollar geschätzt.

Der UN-Sprecher bestätigte aber, daß für die Registrierung der rund zehn Millionen Wähler die zugesagten Gelder zur Verfügung stünden und auch viele Frauen in die Wahlverzeichnisse aufgenommen werden konnten.

### Angriffe auf ISAF-Patrouillen in Kabul

Ende Mai 2004 starb ein norwegischer ISAF-Soldat nach einem Raketenwerferangriff auf sein Patrouillenfahrzeug nahe dem ISAF-Lager in Kabul. Noch nach diesem Angriff wurde einer der zur Einsatzstelle beorderten Kampfhubschrauber mit einem Raketenwerfer beschossen. Am 11. Mai wurde ein Bundeswehrosoldat im selben Stadtteil bei einem Raketenangriff verletzt und im Januar starben ein britischer und ein kanadischer Soldat durch einen Selbstmordangriff auf fahrende Militärfahrzeuge in der Hauptstadt.

### Flüchtlingslager in Pakistan werden geschlossen

Bis September 2004 sollen laut Ruud Lubbers, dem UN-Hochkommissar für Flüchtlingsfragen (UNHCR), alle neuen afghanischen Flüchtlingslager in Pakistan geschlossen werden. Die Camps lägen zu nahe an den Operationsgebieten der Taliban und *al-Qaidas*, hieß es zur Begründung dieser Maßnahme. In den betroffenen 15 Lagern leben etwa 200.000 Menschen, die vor den US-Bombenangriffen gegen die Taliban im Winter 2001 geflohen waren. Nach UNHCR-Schätzungen

wird zwar dort die Rekrutierungsquote neuer Kämpfer als niedrig eingestuft, aber selbst fünf Prozent der Lagerbevölkerung seien signifikant, fürchten die Verantwortlichen der Vereinten Nationen. Auch die pakistanische Regierung drängt auf eine Rückführung der derzeit insgesamt rund 1,5 Millionen afghanischen Flüchtlinge. Pakistan hat die UN-Flüchtlingskonvention nicht unterzeichnet und ist deshalb nicht zur Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlings verpflichtet.

### Gezielte Angriffe auf Wahlvorbereitungen

Die militanten Aktivitäten gegen Regierungseinrichtungen sowie gegen humanitäre Hilfswerke und Wahlhelfer, die die geplanten Wahlen unterstützen und vorbereiten, nehmen nach Angaben der US-Armee zu. So wurden Anfang Juni gezielt Granaten auf ein Lager einer italienischen Nichtregierungsorganisation in Badghis im Nordwesten des Landes geworfen sowie Konvois von Wahlhelfern in Hinterhalte gelockt. Schon Anfang Mai

wurden im nordöstlichen Nuristan zwei Briten und ihr afghanischer Übersetzer getötet, die dort für die Vereinten Nationen im Rahmen der Wahlvorbereitungen arbeiteten. Laut Pressemeldungen hatten Taliban-Sprecher im Vorfeld allen in die Wahlvorbereitungen involvierten Organisationen wiederholt mit solchen Anschlüssen gedroht, auch in bislang als sicher geltenden Landesteilen.

### Fußballnationalmannschaft auf der Flucht

Während einer Tournee durch Norditalien setzten sich Mitte April 2004 neun Spieler der afghanischen Fußballnationalmannschaft in Verona ab. Nach vier Tagen wurden fünf der untergetauchten Sportler beim Versuch, sich in Richtung Deutschland abzusetzen, verhaftet. Von den übrigen desertierten Kickern nimmt man an, daß ihnen die Flucht nach

Deutschland gelang.

Die Freundschaftsspiele, die ersten Auslandseinsätze der Nationalmannschaft in Europa seit 20 Jahren, konnten fortgesetzt werden, nachdem die arg gelichteten Reihen der afghanischen Auswahl mit im deutschen Exil lebenden Freizeitfußballern aufgefüllt werden konnten.